

N i e d e r s c h r i f t

Gremium: Rat - öffentlich
Sitzungstermin: Montag, 01.04.2019
Raum: Akademiehôtel Rastede, Oldenburger Straße 118,
26180 Rastede
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 18:10 Uhr

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzender:

Bürgermeister:

Protokollführer:

TEILNEHMERVERZEICHNIS

Anwesend sind:

Ratsvorsitzender

Herr Thorsten Bohmann CDU

ordentliche Mitglieder

Herr Bürgermeister Dieter von Essen CDU

Herr Dieter Ahlers CDU

Herr Erich Bischoff CDU

Frau Sylke Heilker CDU ab 17:05 Uhr

Herr Kai Küpperbusch CDU

Frau Susanne Lamers CDU

Herr Hendrik Lehnert CDU

Herr Thorsten Menke CDU

Herr Hans-Dieter Röben CDU

Herr Wolfgang Salhofen CDU

Frau Anette Sundermann CDU

Herr Reiner Wessels CDU

Herr stv. BM Torsten Wilters CDU

Herr Benjamin Dau SPD

Herr Jöran Gertje SPD

Frau Kerstin Icken SPD

Herr Wilhelm Janßen SPD

Frau Sabine Koopmann SPD

Herr Rüdiger Kramer SPD

Herr Lars Krause SPD

Frau Monika Sager-Gertje SPD

Herr Horst Segebade SPD

Herr Levent Süre SPD

Herr Jörn Benjes B90/Grüne

Frau Dr. Sabine Eyting B90/Grüne

Herr stv. BM Gerd Langhorst B90/Grüne

Herr Eckhard Roese B90/Grüne

Herr Dirk Bakenhus UWG

Herr Theo Meyer UWG

Frau Evelyn Fisbeck FDP

Niederschrift

Herr Rainer Zörgiebel FFR
Frau Silke Köhler Linke

Ehrenratsmitglieder

Frau Marianne von Essen CDU
Herr Hans-Gerold Finkeisen CDU
Herr Hans-Hermann Schlange SPD

Verwaltung

Herr Günther Henkel
Herr Fritz Sundermann
Herr Stefan Unnewehr
Frau Anke Wilken Gleichstellungsbeauftragte
Herr Ralf Kobbe Protokoll
Herr Stefan Tölen Technik

Gäste

Herr Frank Jacob von der Nordwest-Zeitung Rastede
Frau Kathrin Janout von der Rasteder Rundschau
sowie 10 weitere Zuhörer

Entschuldigt fehlen:

ordentliche Mitglieder

Herr Rainer Meyer SPD
Herr Jan Hoffmann B90/Grüne

Ehrenbürgermeister

Herr Dieter Decker CDU

VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 11.12.2018
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Berufung einer Feuerwehrkraft in das Ehrenbeamtenverhältnis
Vorlage: 2019/036
- 6 Umbesetzung von Ausschüssen
Vorlage: 2019/040
- 7 Entsendung von Vertretern in der Verbandsversammlung OOWV
Vorlage: 2019/037
- 8 Haushalt 2015 - Beschluss über die Jahresrechnung und Entlastung des Bürgermeisters
Vorlage: 2019/041
- 9 Haushalt 2016 - Beschluss über die Jahresrechnung und Entlastung des Bürgermeisters
Vorlage: 2019/042
- 10 Aufbau eines innerbetrieblichen Kontrollsystems für Steuern - Vergabermächtigung
Vorlage: 2018/267
- 11 70. Änderung des Flächennutzungsplans - Windenergie Wapeldorf/Heubült
Vorlage: 2019/017
- 12 Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 11 - Windenergie Wapeldorf/Heubült
Vorlage: 2019/060
- 13 71. Änderung des Flächennutzungsplans - Windenergie Lehmdermoor
Vorlage: 2019/044
- 14 Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 12 - Windenergie Lehmdermoor
Vorlage: 2019/061
- 15 72. Änderung des Flächennutzungsplans - Windenergie Lehmden
Vorlage: 2019/045

- 16 Aufstellung des Bebauungsplans 111 - Hahn-Lehmden - Am Dorfplatz
Vorlage: 2019/054
- 17 Straßenbenennung im Bebauungsplan 111 - Hahn-Lehmden
Vorlage: 2019/055
- 18 Straßenbenennung im Wohngebiet "Im Göhlen"
Vorlage: 2019/028
- 19 Mitgliedschaft im Bündnis "Kommunen für biologische Vielfalt" - Antrag der
Gruppe CDU/Grüne
Vorlage: 2019/016A
- 20 Antrag auf eine Einwohnerbefragung
Vorlage: 2019/065
- 21 Bericht des Bürgermeisters
- 22 Einwohnerfragestunde
- 23 Schließung der Sitzung

Tagesordnungspunkt 1

Eröffnung der Sitzung

Der Ratsvorsitzende Herr Bohmann eröffnet die öffentliche Sitzung des Gemeinderates um 17:00 Uhr.

Tagesordnungspunkt 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Ratsvorsitzende Herr Bohmann stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Anwesend sind 32 stimmberechtigte Mitglieder.

Der Rat beschließt:

Die Tagesordnung wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 3

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 11.12.2018

Der Rat beschließt:

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Rates vom 11.12.2018 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 4

Einwohnerfragestunde

Herr Bohmann weist darauf hin, dass die Möglichkeit besteht, Fragen an den Bürgermeister zu richten. Es folgt eine Anfrage eines Einwohners, die vom Bürgermeister beantwortet wird. Folgendes Anliegen wird inhaltlich thematisiert:

- Verkehrssituation Hirschtoweg

Tagesordnungspunkt 5

**Berufung einer Feuerwehrkraft in das Ehrenbeamtenverhältnis
Vorlage: 2019/036**

Sitzungsverlauf:

Keine Aussprache.

Beschluss:

Herr Daniel Krummacker wird erneut für die Dauer von sechs Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis als stellv. Ortsbrandmeister der Einheit Loy-Barghorn berufen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	32
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 6

Umbesetzung von Ausschüssen
Vorlage: 2019/040

Sitzungsverlauf:

Keine Aussprache.

Beschluss:

Herr Rainer Zörgiebel wird als Ersatz für Frau Evelyn Fisbeck als Beigeordneter (Grundmandat) in den Verwaltungsausschuss entsandt. Stellvertreterin für Herrn Rainer Zörgiebel wird Frau Evelyn Fisbeck.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 32
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 7

**Entsendung von Vertretern in der Verbandsversammlung OOWV
Vorlage: 2019/037**

Sitzungsverlauf:

Frau Heilker betritt um 17:05 Uhr den Sitzungssaal, sodass nunmehr 33 stimmberechtigte Ratsmitglieder anwesend sind.

Bürgermeister von Essen berichtet, dass im Verwaltungsausschuss keine Beschlussempfehlung gegeben wurde, jedoch von der Gruppe CDU/Grüne Frau Sylke Heilker und als Stellvertreterin Frau Dr. Sabine Eyting sowie von der Gruppe SPD/UWG Herr Horst Segebade und als Stellvertreter Herr Jöran Gertje vorgeschlagen wurden.

Frau Dr. Eyting erklärt, dass es bei der Besetzung der Positionen nicht zu einer Kampfabstimmung kommen sollte, da es bislang im Rat üblich war, entsprechende Funktionen paritätisch aufzuteilen. Vor diesem Hintergrund verzichtet sie auf eine Kandidatur und bietet die Position des Stellvertreters von Frau Sylke Heilker der SPD-Fraktion an.

Frau Sager-Gertje schließt sich den Ausführungen von Frau Dr. Eyting hinsichtlich der Ausführungen zur Besetzung von Positionen in anderen Institutionen an und schlägt Herr Horst Segebade als Vertreter von Frau Sylke Heilker vor.

Beschluss:

1. Als (weitere) Vertreterin der Gemeinde Rastede in der Verbandsversammlung des OOWV wird neben dem Hauptverwaltungsbeamten Frau Sylke Heilker bestimmt.
2. Als Vertreter der zu Ziffer 1. Benannten wird Herr Horst Segebade bestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 33
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 8

Haushalt 2015 - Beschluss über die Jahresrechnung und Entlastung des Bürgermeisters

Vorlage: 2019/041

Sitzungsverlauf:

Bürgermeister von Essen nimmt an der Beratung und Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

Herr Lehnert und Herr Segebade zeigen sich erfreut über die insgesamt sehr guten Ergebnisse in den Jahren 2015/16 und sprechen der Verwaltung sowie insbesondere der Kämmerei mit dem Kämmerer Michael Hollmeyer und dem ehemaligen Kämmerer Frank Dudek einen großen Dank aus.

Beschluss:

I. Für die Jahresrechnung 2015 werden folgende Ergebnisse festgestellt:

- ordentliches Ergebnis Überschuss i. H. v. 4.027.520,82 Euro
- außerordentliches Ergebnis Überschuss i. H. v. 386.327,84 Euro

II. Überschussverwendung:

1. Ordentlicher Bereich

Der festgestellte Überschuss aus dem ordentlichen Bereich wird der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt. Im Rahmen der Fortschreibung des Sonderpostens für den Gebührenaussgleich werden der Überschussrücklage die Ergebnisse der kostenrechnenden Einrichtungen hinzugerechnet (Defizit) oder abgezogen (Überschuss).

- a) Zum Ausgleich des im Jahresergebnis ausgewiesenen Defizits der kostenrechnenden Einrichtung „zentrale Schmutzwasserbeseitigung“ (Ergebnis 2015) wird der Überschussrücklage aus dem Sonderposten für den Gebührenaussgleich ein kompensierender Betrag i. H. v. 29.238,68 Euro zugeführt.
- b) Zum Ausgleich des im Jahresergebnis ausgewiesenen Defizits der kostenrechnenden Einrichtung „dezentrale Schmutzwasserbeseitigung“ (Ergebnis 2015) wird der Überschussrücklage aus dem Sonderposten für den Gebührenaussgleich ein kompensierender Betrag i. H. v. 7.404,65 Euro zugeführt.
- c) Zum Ausgleich des im Jahresergebnis ausgewiesenen Defizits der kostenrechnenden Einrichtung „Straßenreinigung“ (Ergebnis 2015) wird der Überschussrücklage aus dem Sonderposten für den Gebüh-

renausgleich ein kompensierender Betrag i. H. v. 18.156,54 Euro zugeführt.

- d) Der im Jahresergebnis ausgewiesene Überschuss der kostenrechnenden Einrichtung „Wochenmarkt“ (Ergebnis 2015) i. H. v. 3.417,42 Euro wird dem Sonderposten für den Gebührenaussgleich zugeführt.
- e) Zum Ausgleich des im Jahresergebnis ausgewiesenen Defizits der kostenrechnenden Einrichtung „Niederschlagsbeseitigung“ (Ergebnis 2015) wird der Überschussrücklage aus dem Sonderposten für den Gebührenaussgleich ein kompensierender Betrag i. H. v. 2.629,31 Euro zugeführt.

Im Ergebnis wird der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses ein Betrag i. H. v. 4.081.532,58 Euro zugeführt.

2. Außerordentlicher Bereich

Das außerordentliche Ergebnis i. H. v. 386.327,84 Euro wird der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt.

- III. Der Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2015 wird unter Berücksichtigung der vorstehenden Punkte beschlossen.
- IV. Dem Bürgermeister wird für das Haushaltsjahr 2015 die Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	32
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 9

Haushalt 2016 - Beschluss über die Jahresrechnung und Entlastung des Bürgermeisters

Vorlage: 2019/042

Sitzungsverlauf:

Bürgermeister von Essen nimmt an der Beratung und Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschluss:

I. Für die Jahresrechnung 2016 werden folgende Ergebnisse festgestellt:

- ordentliches Ergebnis Überschuss i. H. v. 3.651.576,61 Euro
- außerordentliches Ergebnis Fehlbetrag i. H. v. 106.946,59 Euro

II. Überschussverwendung:

1. Ordentlicher Bereich

Der festgestellte Überschuss aus dem ordentlichen Bereich wird der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt. Im Rahmen der Fortschreibung des Sonderpostens für den Gebührenaussgleich werden der Überschussrücklage die Ergebnisse der kostenrechnenden Einrichtungen hinzugerechnet (Defizit) oder abgezogen (Überschuss).

- a. Der im Jahresergebnis ausgewiesene Überschuss der kostenrechnenden Einrichtung „zentrale Schmutzwasserbeseitigung“ (Ergebnis 2016) i. H. v. 189.074,76 Euro wird dem Sonderposten für den Gebührenaussgleich zugeführt.
- b. Zum Ausgleich des im Jahresergebnis ausgewiesenen Defizits der kostenrechnenden Einrichtung „dezentrale Schmutzwasserbeseitigung“ (Ergebnis 2016) wird der Überschussrücklage aus dem Sonderposten für den Gebührenaussgleich ein kompensierender Betrag i. H. v. 12.655,50 Euro zugeführt.
- c. Zum Ausgleich des im Jahresergebnis ausgewiesenen Defizits der kostenrechnenden Einrichtung „Straßenreinigung“ (Ergebnis 2016) wird der Überschussrücklage aus dem Sonderposten für den Gebührenaussgleich ein kompensierender Betrag i. H. v. 14.299,18 Euro zugeführt.

- d. Der im Jahresergebnis ausgewiesene Überschuss der kostenrechnenden Einrichtung „Wochenmarkt“ (Ergebnis 2016) i. H. v. 4.374,93 Euro wird dem Sonderposten für den Gebührenaussgleich zugeführt.
- e. Zum Ausgleich des im Jahresergebnis ausgewiesenen Defizits der kostenrechnenden Einrichtung „Niederschlagsbeseitigung“ (Ergebnis 2016) wird der Überschussrücklage aus dem Sonderposten für den Gebührenaussgleich ein kompensierender Betrag i. H. v. 53.124,71 Euro zugeführt.

Im Ergebnis wird der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses ein Betrag i. H. v. 3.538.206,31 Euro zugeführt.

2. Außerordentlicher Bereich

Zur Deckung des Fehlbetrages wird aus der Überschussrücklage des außerordentlichen Ergebnisses ein Betrag i. H. v. 106.949,49 Euro entnommen.

- III. Der Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2016 wird unter Berücksichtigung der vorstehenden Punkte beschlossen.
- IV. Dem Bürgermeister wird für das Haushaltsjahr 2016 die Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	32
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 10

Aufbau eines innerbetrieblichen Kontrollsystems für Steuern - Vergabeermächtigung

Vorlage: 2018/267

Sitzungsverlauf:

Herr Kramer stellt noch einmal die Bedeutung eines innerbetrieblichen Kontrollsystems für Steuern heraus und betont insbesondere, dass mit der Einführung eines angemessenen und wirksam internen Kontrollsystems auch die wichtige Enthaltung der Gemeinde, ihrer Organe sowie der mit steuerrechtlichen Themen befassten Beschäftigten möglich wird.

Beschluss:

1. Der Rat stimmt dem Aufbau und dem dauerhaften Betrieb eines internen Kontrollsystems für Steuern unter dem Gesichtspunkt, die Einhaltung steuerlicher Pflichten in der Praxis der Gemeindeverwaltung angemessen und wirksam zu gewährleisten, grundsätzlich zu.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, ein auf die Bedürfnisse der Gemeinde Rastede zugeschnittenes internes Kontrollsystem für Steuern zu konzipieren, in die Praxis einzuführen und später dauerhaft zu betreuen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 33
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 11

**70. Änderung des Flächennutzungsplans - Windenergie Wapeldorf/Heubült
Vorlage: 2019/017**

Sitzungsverlauf:

Herr Wilters legt dar, dass der Landkreis Ammerland und die Gemeinde Rastede nach dem Beschluss der Bundesregierung zum Atomausstieg mit der Windpotenzialstudie die Thematik Energiewende auf kommunaler Ebene aufgegriffen und weiterentwickelt haben. Er weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass sich die Politik in Rastede ab 2016 mit einem fraktionsübergreifenden Konsens deutlich positioniert und die Chance genutzt hat, eigene Kriterien zum Schutz der Anlieger wie eine maximale Anlagenhöhe von 150 m, eine größere Abstandsregelung zur Wohnbebauung, dem Verzicht auf eine Nachtbefeuerng sowie die wichtige Möglichkeit der Bürgerbeteiligung festzulegen. Schlussendlich wurde das Verfahren sauber abgearbeitet, sodass nunmehr auch auf kommunaler Ebene mit einer zur Region passenden Stromerzeugung ein wichtiger Beitrag zur Energiewende und zur CO₂-Reduzierung geleistet werden kann.

Herr Krause schließt sich vom Grundsatz her den Ausführungen von Herrn Wilters an und erinnert daran, dass auch die SPD-Fraktion von Anfang an die Energiewende und damit auch die Erzeugung von erneuerbarer Energie auf kommunaler Ebene mitgetragen hat und das nunmehr vorliegende Gesamtkonzept überzeugt. Er begrüßt in diesem Zusammenhang, dass der Modellflugplatz gesichert wird, ein Beweissicherungsverfahren für die Anlieger möglich ist, großzügige Abstandsregelungen und Höhenbegrenzungen zum Schutz der Anlieger getroffen wurden sowie das mit dem Abschluss des Bauleitplanverfahrens der Bau von Windkraftanlagen auf die ausgewiesenen Gebiete begrenzt und auf sonstigen Flächen im Gemeindegebiet verhindert werden kann.

Herr Roese weist ergänzend darauf hin, dass mit der Windenergie eine Stromerzeugung gefördert wird, die deutlich weniger die Natur belastet wie der zur Verstromung von Braunkohle erforderliche Kohleabbau, der ganze Dörfer und Landschaften zerstört.

Frau Fisbeck beanstandet, dass sich die vorliegenden Gutachten nur unzureichend und zumeist sehr abstrakt mit den Themen Infaschall, Schattenschlag und Grundwasserabsenkungen auseinandersetzen und nicht die konkreten Problemlagen aufgreifen. Im Übrigen werden laut Zentrum für Luft- und Raumfahrt im Sommer pro Tag 5,3 Milliarden Fluginsekten durch die Rotoren der Windkraftanlagen getötet, was durchaus relevant für die Stabilität der gesamten Population sein könnte. Sie weist zudem darauf hin, dass von 33 Windkraftanlagen im Ammerland bereits neun in der Gemeinde Rastede stehen, sodass aus ihrer Sicht keine neuen Standorte mehr ausgewiesen werden sollten und daher neue Windkraftanlagen in Wapeldorf, Heubült und Lehmdermoor von der Gruppe FDP/FFR abgelehnt werden. Hinsichtlich der Argumentation der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen führt sie aus, dass es völlig unverständlich ist, dass sich die Fraktion nicht wie sonst üblich den Argumenten des Bunds für Umwelt und Naturschutz Deutschland und des Naturschutzbundes

Deutschland anschließt, sondern stattdessen die 31 Seiten an Einwendungen ebenso wie die Einwendungen der Bürger weggewischt und weggewogen werden.

Herr Zörgiebel ergänzt, dass die Gruppe FDP/FFR die zahlreichen Einwände aus der Bevölkerung ernst nimmt und entsprechend reagiert, sodass nur das vorgesehene Repowering in Liethe für die Gruppe akzeptabel ist. Im Übrigen wurde schon einmal vor Jahren versucht, die Windenergie mit der Schaffung einer Konzentrationsfläche zu steuern und somit das Thema für die Gemeinde Rastede abzuschließen, was aus heutiger Sicht nicht gelungen ist.

Herr Theo Meyer bemerkt, dass die Energiewende sicherlich auch vor Ort eingeleitet, jedoch der Weg sehr sensibel beschritten werden muss. Von daher war es auch richtig, die Windpotenzialstudie sowie die nachfolgenden Untersuchungen und Gutachten auf den Weg zu bringen, um die notwendigen Erkenntnisse über mögliche Problemlagen zu erlangen und einen Wildwuchs von einzelnen Windkraftanlagen zu verhindern. Er spricht sich für die UWG dafür aus, Windkraftanlagen nur dort zu bauen, wo sie den Menschen und die Natur nicht stören, sodass er vor diesem Hintergrund die Erweiterung in Liethe/Lehmden mitträgt, jedoch die Planungen für Lehmdermoor und Wapeldorf/Heubült ablehnt.

Herr Langhorst zeigt sich überrascht von den Ausführungen von Frau Fisbeck und stellt heraus, dass die FDP noch bis zum 25. März 2019 alle Planungen mitgetragen hat und jetzt teilweise mit Vermutungen, unbelegten Behauptungen und nicht in Relation stehenden Zahlen versucht, die Energiewende vor Ort zu verhindern ohne auch nur einen Alternativvorschlag zu erwähnen. Im Übrigen nehmen auch die übrigen Fraktionen die Sorgen und Ängste der Bürgerinnen und Bürger sowie der Naturschutzverbände sehr ernst, jedoch muss in einem derartigen Verfahren pro und contra sorgsam gegeneinander abgewogen werden, um eine Entscheidung herbeiführen zu können. Dies ist auch in den vorliegenden Verfahren mit dem Ergebnis geschehen, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu der Entscheidung gekommen ist, den entsprechenden Bauleitplanverfahren zur Windenergie zuzustimmen.

Herr Kramer gibt mit Blick auf den Atom- und Kohleausstieg sowie der damit verbundene Energiewende zu verstehen, dass Allgemeingut vor Privatinteressen stehen muss und in Norddeutschland logischerweise in erster Linie die Windenergie zur alternativen Stromerzeugung genutzt wird.

Herr Bakenhus bemerkt, dass auch die UWG für die Energiewende steht und mit dem Ausbau und dem Repowering in Liethe auch ein lokaler Beitrag geleistet wird, jedoch neben der Windenergie auch Alternativen wie beispielsweise Energiespeicher gesucht werden müssen.

Frau Lamers legt abschließend dar, dass die Gemeinde Rastede mit den 2016 eingeschlagenen Weg stets selbst das Heft des Handelns in der Hand gehalten hat, um so den größtmöglichen Schutz für die Anlieger erreichen und mit der Schaffung von Konzentrationsflächen einen Wildwuchs von Windkraftanlagen verhindern zu können.

Beschluss:

1. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belang gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 25.03.2019 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Die 70. Änderung des Flächennutzungsplanes mit textlicher Darstellung nebst Begründung und Umweltbericht wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	28
Nein-Stimmen:	5
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 12

**Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 11 - Windenergie
Wapeldorf/Heubült
Vorlage: 2019/060**

Sitzungsverlauf:

Es wird auf die Beratung unter Tagesordnungspunkt 11 verwiesen.

Es erfolgt keine weitere Aussprache.

Beschluss:

1. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen am 25.03.2019 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 11 – Windenergie Wapeldorf/Heubült – mit örtlichen Bauvorschriften, Begründung und Umweltbericht wird gemäß § 1 Abs. 3 Baugesetzbuch in Verbindung mit § 10 Abs. 1 BauGB beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	28
Nein-Stimmen:	5
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 13

**71. Änderung des Flächennutzungsplans - Windenergie Lehmdermoor
Vorlage: 2019/044**

Sitzungsverlauf:

Es wird auf die Beratung unter Tagesordnungspunkt 11 verwiesen.

Es erfolgt keine weitere Aussprache.

Beschluss:

1. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belang gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 25.03.2019 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Die 71. Änderung des Flächennutzungsplanes mit textlicher Darstellung nebst Begründung und Umweltbericht wird beschlossen.
4. Der Aufstellungsbeschluss für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan 15 „Erweiterung – Windenergie Lehmdermoor“ wird bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	28
Nein-Stimmen:	5
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 14

**Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 12 - Windenergie
Lehmdermoor
Vorlage: 2019/061**

Sitzungsverlauf:

Es wird auf die Beratung unter Tagesordnungspunkt 11 verwiesen.

Es erfolgt keine weitere Aussprache.

Beschluss:

1. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen am 25.03.2019 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 12 – Windenergie Lehmdermoor – mit örtlichen Bauvorschriften, Begründung und Umweltbericht wird gemäß § 1 Abs. 3 Baugesetzbuch in Verbindung mit § 10 Abs. 1 BauGB beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	28
Nein-Stimmen:	5
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 15

72. Änderung des Flächennutzungsplans - Windenergie Lehmden
Vorlage: 2019/045

Sitzungsverlauf:

Es wird auf die Beratung unter Tagesordnungspunkt 11 verwiesen.

Es erfolgt keine weitere Aussprache.

Beschluss:

1. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belang gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 25.03.2019 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Die 72. Änderung des Flächennutzungsplanes mit textlicher Darstellung nebst Begründung und Umweltbericht wird beschlossen.
4. Die Aufstellungsbeschlüsse für die vorhabenbezogenen Bebauungspläne 16, 17 und 18 „Erweiterung – Windenergie Lehmden“ werden bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 33
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 16

**Aufstellung des Bebauungsplans 111 - Hahn-Lehmden - Am Dorfplatz
Vorlage: 2019/054**

Sitzungsverlauf:

Herr Röben begrüßt die vorgestellte Planung und die Möglichkeit der innerörtlichen Entwicklung mit voraussichtlich 5 Reihen-/Mehrfamilienhäusern und 14 Einfamilienbeziehungsweise Doppelhäusern und stellt insbesondere heraus, dass der aus der Dorferneuerung entwickelte Dorfplatz vielfältige Chancen für Hahn-Lehmden birgt.

Frau Sager-Gertje erinnert daran, dass die Gemeinde Rastede seit vielen Jahren versucht hat, dass innerörtliche Baumschulareal für eine sinnvolle Innenentwicklung zu erwerben, sodass es besonders erfreulich ist, dass es nach mehreren Anläufen jetzt geklappt hat, zumal nun noch der glückliche Umstand mit der Dorferneuerung und der damit verbundenen Realisierung eines Dorfplatzes dazu gekommen ist. Sie weist ergänzend darauf hin, dass der Bebauungsplan der Ortschaft Hahn-Lehmden ein neues Gesicht geben wird und unter anderem auch die Dorfbevölkerung künftig gefordert ist, den Platz mit Leben zu erfüllen. Hinsichtlich der vorgesehenen Mehrfamilienhausbebauung rund um den Dorfplatz regt sie an, rechtzeitig mit möglichen Investoren zu verhandeln, um auf diesem Areal künftig auch günstigeren Wohnraum anbieten zu können.

Herr Langhorst schließt sich den Ausführungen von Frau Sager-Gertje vollumfänglich an und ergänzt, dass in diesem Zusammenhang auch das Wohnraumentwicklungskonzept des Landkreises im Fachausschuss näher erörtert werden sollte, um dann auch weitere Fördermöglichkeiten für die Schaffung von günstigen Wohnraum ausloten zu können. Dessen ungeachtet spricht er sich dafür aus, auf der derzeit brach liegende innerörtliche Fläche für eine Saison Blühstreifen anzulegen.

Beschluss:

1. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB in Verbindung mit § 3 Abs. 2 BauGB sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB in Verbindung mit § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen am 25.03.2019 berücksichtigt.
2. Von einer Umweltverträglichkeitsprüfung wird gemäß § 13 Abs. 2 BauGB abgesehen.
3. Der Bebauungsplan 111 mit örtlichen Bauvorschriften sowie die Begründung wird gemäß § 1 Abs. 3 BauGB in Verbindung mit § 10 Abs. 1 BauGB beschlossen.

4. Der Flächennutzungsplan wird gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 2 BauGB im Wege der Berichtigung angepasst.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	33
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 17

**Straßenbenennung im Bebauungsplan 111 - Hahn-Lehmden
Vorlage: 2019/055**

Sitzungsverlauf:

Keine Aussprache.

Beschluss:

Die neue Straße im Bebauungsplangebiet 111 erhält den Namen „Am Dorfplatz“.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	33
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 18

Straßenbenennung im Wohngebiet "Im Göhlen"
Vorlage: 2019/028

Sitzungsverlauf:

Keine Aussprache.

Beschluss:

Die vorhandene Straße „Im Göhlen“ behält diesen Namen auch nach dem Ausbau und wird im Baugebiet fortgeführt.

Die neuen Gemeindestraßen erhalten die Straßennamen

- Konrad-Ullrich-Straße
- Heinz-Frieler-Straße
- Wolfgang-Duwe-Straße
- Hermann-Folkers-Straße
- An der Hankhauser Bäke

und werden wie in der Anlage dargestellt zugeordnet.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	32
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	1
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 19

**Mitgliedschaft im Bündnis "Kommunen für biologische Vielfalt" - Antrag der Gruppe CDU/Grüne
Vorlage: 2019/016A**

Sitzungsverlauf:

Frau Heilker weist hinsichtlich der jüngsten Beratung im Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen darauf hin, dass die Jägerschaft mit dem Anlegen von Blühstreifen zwar schon einen nicht unerheblichen Anteil zum Erhalt der Insektenvielfalt leistet, jedoch die beiden Anträge der Gruppe CDU/Grüne viel weitreichender sind und mit dem Beitritt zum Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“ die Möglichkeit eröffnet wird, vielfältige Hilfsstellungen wie beispielsweise bei der Generierung von Fördergeldern zu erhalten. Sie betont ergänzend, dass jetzt dringend damit begonnen werden muss, an die Zukunft der Kinder und Enkel zu denken und dabei viele Bürgerinnen und Bürger zu motivieren, bei umweltrelevanten Themen wie aktuell die Anlegung von Blühstreifen mitzuziehen.

Beschluss:

Die Gemeinde Rastede wird Mitglied im Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	33
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 20

Antrag auf eine Einwohnerbefragung
Vorlage: 2019/065

Sitzungsverlauf:

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschluss:

Dem Antrag des Antragsstellers Herrn Meinert auf Durchführung einer Einwohnerbefragung gemäß § 35 NKomVG zur Straßenausbaubeitragssatzung und zur Niederschlagswassergebühr wird nicht zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 33
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 21

Bericht des Bürgermeisters

Bürgermeister von Essen berichtet in einem Vortrag über die auf die Gemeinde Rastede herunter gebrochene Polizeistatistik der Polizeidirektion Oldenburg und den aktuellen Sachstand bezüglich der Arztsuche in Hahn-Lehmden. Der Bericht ist als Anlage 1 der Niederschrift beigelegt.

Tagesordnungspunkt 22

Einwohnerfragestunde

Herr Bohmann weist darauf hin, dass die Möglichkeit besteht, Fragen an den Bürgermeister zu richten. Es folgen mehrere Anfragen von Einwohnern und Einwohnerinnen, die vom Bürgermeister beziehungsweise vom 1. Gemeinderat beantwortet werden. Folgende Anliegen werden inhaltlich thematisiert:

- Abstandsregelungen für die Windkraftanlagen
- Alternative Energiegewinnung und Speicherung
- Schallgutachten für die Windkraftanlagen in Wapeldorf/Heubült
- Plakatierung vor der Bürgermeisterwahl

Tagesordnungspunkt 23

Schließung der Sitzung

Der Ratsvorsitzende Herr Bohmann schließt die öffentliche Sitzung des Rates um 18:10 Uhr.